„Die ÖVP kann besser ihre Wähler mobilisieren“

Wer gewinnt die Stichwahl um den Bürgermeister-Posten in Salzburg? Politologe Mühlböck glaubt nicht an eine Wahlempfehlung der Grünen.

Von Serdar Sahin

Salzburg – Mit einem politischen Erdbeben hat am Sonntag die Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg geendet. Die Volkspartei wurde zum ersten Mal in der Nachkriegszeit die stimmenstärkste Partei im Gemeinderat und verdoppelte sich mit 36,7 Prozent (plus 17,3 Prozentpunkte) beinahe.

Für die sofortige Wiederwahl von Bürgermeister Harald Preuner (ÖVP) hat es aber nicht gereicht – er erreichte 41,3 Prozent (+6,3 PP). Preuner geht am 24. März in eine Stichwahl mit dem roten Vizebürgermeister Bernhard Auinger – dieser kam auf 30,7 Prozent (-1,2 PP).

Landesweit erhielt die ÖVP 47,5 Prozent (+4,7 PP) aller Stimmen. Die SPÖ blieb mit 27,6 Prozent zwar klar zweitstärkste Kraft, musste aber an Stimmen einbüßen. Keine Veränderung gab es auch auf Rang drei, den weiterhin die FPÖ einnimmt. Für eine Überraschung sorgte der Einzug der KPÖ in den Salzburger Gemeinderat.

Für den Salzburger Politologen Armin Mühlböck war zwar klar, dass die Chancen für Preuner gut gestanden sind, den Bürgermeister-Sessel zu verteidigen. Dass das Ergebnis aber so deutlich ausgefallen ist, hat ihn doch überrascht. Mühlböck ortet mehrere Gründe dafür. „Es sieht so aus, als wäre die Wahlbeteiligung in den SPÖ-dominierten Bezirken sehr niedrig gewesen bzw. ist die Wahlbeteiligung stärker zurückgegangen als in den Bezirken, in denen die ÖVP stark ist.“ Darüber hinaus habe es ein paar Bezirke gegeben, wo nicht ganz klar war, ob sie eher der roten oder der schwarzen Seite zuzurechnen gewesen seien. „Diese Bezirke hat so gut wie alle Preuner gewonnen – und das war schon ein wesentlicher Grund für seinen Wahlerfolg“, sagt der Politologe.

Konnte die ÖVP also besser mobilisieren? „Die Conclusio aus dem Ganzen: Es sieht so aus, als ob die ÖVP mehr Wähler mobilisieren konnte. Darüber hinaus kann es sein, dass die Person des Langzeitbürgermeisters Heinz Schaden diese Entwicklung in der SPÖ zugedeckt hat und die sich dann manifestiert hat, in dem Moment, als er als Bürgermeister zurückgetreten ist.“

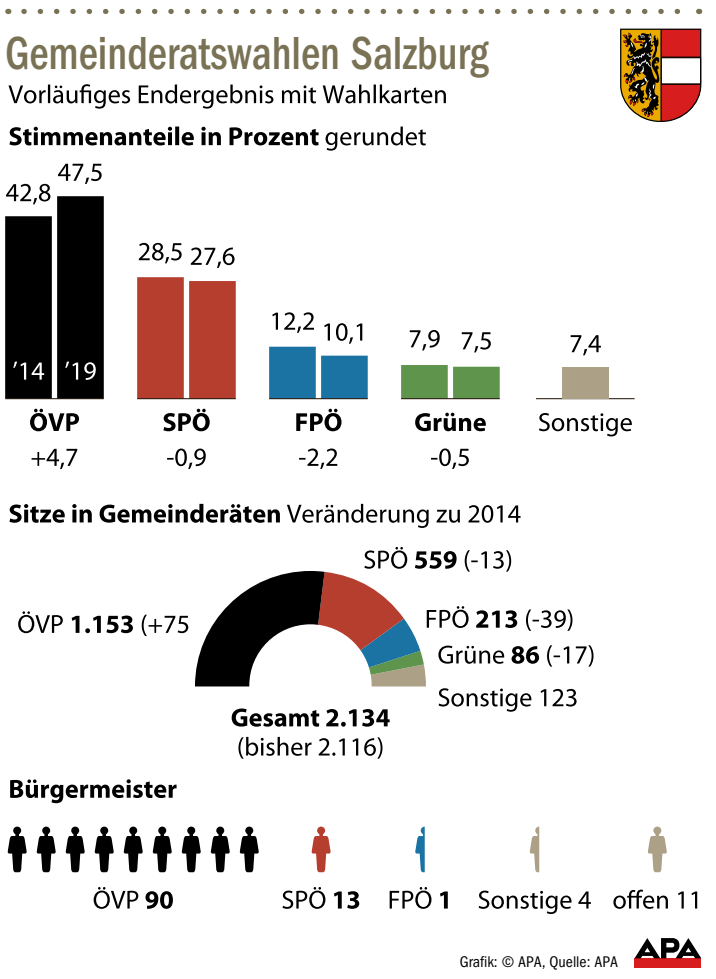
Und wie viel Anteil hat die Bundes-ÖVP am Wahlerfolg in Salzburg? „Einen direkten Effekt abzuleiten, ist sehr schwierig“, befindet Mühlböck. „Die ÖVP auf Bundesebene unter Kanzler Sebastian Kurz schwimmt auf einer Welle des Erfolges – auch die ÖVP im Land Salzburg tut das.“ Dann kam noch der Sieg bei der vorgezogenen Bürgermeisterwahl im Herbst 2017 von Preuner dazu. „Diese Stimmung hat für Preuner Rückenwind bedeutet.“

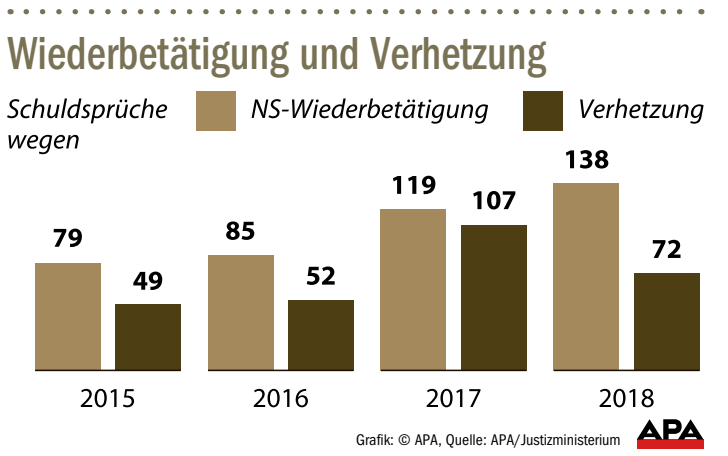
Allerdings: Hallein – die zweitgrößte Stadt in Salzburg – sei bis in die 1990er-Jahre traditionell rot gewesen. Ende der 1990er-Jahre habe sich die Stadt von Rot auf Schwarz gedreht. „Die SPÖ konnte die Stadt nun zurückholen. Wenn jetzt das mit Kanzler Kurz und Landeshauptmann Wilfried Hauslauer so durchschlagend ist, dann hätte sich das auch in Hallein zeigen müssen. Das tat es aber nicht“, konstatiert Mühlböck.

Wer die Stichwahl für sich entscheiden werde, getraut sich Mühlböck noch nicht zu sagen. „Da kommt es stark auf die Mobilisierungskraft an. Die ÖVP hat gezeigt, dass sie besser mobilisieren kann. Preuner ist klar in Führung. Auinger müsste viel aufholen und gleichzeitig neue Wähler dazugewinnen. Das wird schwierig.“

Dass Grün-Wähler dann für den SPÖ-Kandidaten stimmen, sei denkbar, meint der Experte. „Auch eine Wahlempfehlung wäre denkbar. Das gab es allerdings zuletzt nicht. Ich glaube, dass es auch diesmal keine Wahlempfehlung geben wird.“ Insbesondere die Stadt-Grünen würden nämlich auf eine enge Zusammenarbeit mit der ÖVP schielen und „sich quasi dem König anschließen wollen“.

Auf Landesebene gebe es ja eine Kooperation zwischen Schwarz und Grün. Das könnte auch auf Stadtebene passieren, sagt Mühlböck. Deshalb würden die Grünen nicht den ÖVP-Kandidaten anpatzen, um SPÖ-Auinger zu pushen, mutmaßt der Salzburger Politikwissenschafter im Gespräch mit der *TT*.





Verbotsgesetz: Wieder mehr Schuldsprüche

Weniger Verurteilungen wegen Hetze, mehr wegen Wiederbetätigung. Pensionist erhielt sechs Monate auf Bewährung für Hassposting gegen muslimisches Baby.

Wien – Die Zahl der Verurteilungen wegen NS-Wiederbetätigung ist im vergangenen Jahr neuerlich gestiegen. Das geht aus einer Anfragebeantwortung des Justizministeriums an die SPÖ-Abgeordnete Sabine Schatz hervor. Demnach gab es im Vorjahr 138 Verurteilungen wegen Wiederbetätigung. 2017 waren es nach früheren Angaben des Justizministeriums 119 – was einem Anstieg um 16 Prozent entspricht. Um ein Drittel zurückgegangen sind dagegen die Schuldsprüche wegen Verhetzung – und zwar von 107 auf 72.

In beiden Fällen sind die Täter zu über 90 Prozent Männer. Immer wieder enden sowohl Verfahren nach dem Verbotsgesetz als auch wegen Verhetzung mit einer Diversion – also etwa mit der Zahlung einer Geldbuße oder einer Probezeit. 29-mal war das im Vorjahr bei der Verhetzung der Fall, 24-mal bei Verfahren wegen Wiederbetätigung. Unter anderem haben neun wegen Wiederbetätigung belangte Männer zugestimmt, eine gemeinnützige Leistung zu erbringen, um der Verurteilung zu entgehen.

Nicht statistisch ausgewertet wird von der Justiz, welchen Hintergrund die Verurteilungen haben – also etwa gegen welche Personengruppen die Täter gehetzt haben.

Ein aktueller Fall für Verhetzung wurde gestern am Wiener Landesgericht verhandelt. Weil er ein Hassposting gegen das Wiener Neujahrsbaby 2018 und dessen Kopftuch tragende Mutter abgesetzt hatte, ist ein 65-jähriger Pensionist wegen Verhetzung zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Zudem wurde Bewährungshilfe angeordnet und dem bisher Unbescholtenen die Weisung erteilt, am Programm „Dialog statt Hass“ des Vereins Neustart teilzunehmen. *(APA, TT)*

„Politik flüchtet vor Realität“

Wien – Kein gutes Haar an der heimischen Asylpolitik ließen die ehemaligen Flüchtlingskoordinatoren Christian Konrad und Ferry Maier. „Offenbar sind einige in der Politik, und vor allem im Innenministerium, auf der Flucht vor der Realität“, so der frühere Raika-General. Konrad kritisierte zudem die Reaktion der Regierung auf den Fall des getöteten Vorarlberger Sozialamtsleiters. Die nun angestrebte Sicherheitshaft sei „Anlassgesetzgebung“, bei der generell Vorsicht geboten sei. Möglicherweise habe man von den bereits bestehenden Möglichkeiten zu wenig Gebrauch gemacht.

Anlass für die Pressekonferenz war die Initiative „Menschen.Würde.Österreich“, die unter anderem Integrationsprojekte unterstützt. Der frühere ÖVP-Nationalratsabgeordnete Maier forderte in diesem Zusammenhang ein „modernes Bleiberecht“. *(TT)*

Konrad kritisierte die Asylpolitik der Regierung. Foto: Reuters/Bader

FPÖ-Rundumschläge im Netz

Wien – Zwei freiheitliche Abgeordnete, die Mitglied in einer Facebook-Gruppe namens „Deutsches Reich“ waren, sorgten gestern für Aufruhr. Wie der *Standard* berichtete, gehören Edith Mühlberghuber und Peter Gerstner zu einer Facebook-Gruppe, in der antisemitische Inhalte und Verherrlichungen Adolf Hitlers gepostet werden. Gerstner gab an, in der Gruppe „nicht aktiv“ und auch „nicht aktiv eingetreten“ zu sein, er wolle sie nun „umgehend verlassen“. Von Mühlberghuber gab es gegenüber der Zeitung keine Stellungnahme, ob sie selbst beigetreten ist oder ohne ihr Wissen hinzugefügt wurde.

Kurze Zeit später berichtete FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker, dass Mühlberghuber und Gerstner die Facebook-Gruppe verlassen hätten. Gleichzeitig stellte Hafenecker fest, dass die beiden gar nicht freiwillig eingetreten, sondern ohne ihr Wissen hinzugefügt worden seien.

Seit Sonntag schwelt bereits ein rot-blauer Konflikt. Hier geht es um die Seite „FPÖ Fan Club“. Laut SPÖ wird dort gegen Parteichefin Pamela Rendi-Wagner mit Hass-Postings agiert. Da der freiheitliche Spitzenkandidat Harald Vilimsky die Seite geliked hat, sieht Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda nun FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache gefordert. *(APA, TT)*

Kurzmeldungen

Tiertransporter kracht in Haus

Litschau – In der Waldviertler Gemeinde Litschau ist gestern ein mit 24 Rindern beladener Transporter in ein Haus gekracht. Der Lenker erlitt schwere Verletzungen. Das Haus war nach dem spektakulären Unfall einsturzgefährdet. Bewohner wurden nicht verletzt. Einige Rinder sind entkommen, wurden aber wieder eingefangen. Zwei Tiere sind verendet. *(APA)*

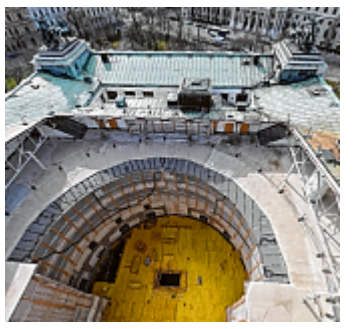
Der Lkw-Lenker wurde bei dem Unfall schwer verletzt. Foto: APA/Feuerwehr

Zulauf zu den Privatunis

Wien – Die Zahl der Studenten an den Privatunis ist im laufenden Studienjahr um elf Prozent auf 14.800 gestiegen. Besonders starke Zuwächse verzeichneten dabei medizinische Privatuniversitäten sowie Einrichtungen mit neuen Studienangeboten, teilte die Privatuniversitätenkonferenz mit. *(APA)*

Das ausgehöhlte Innere des Parlaments

Wien – Während die Fassade des Hauses am Ring – auch wenn sie derzeit von Bauzaun und Gerüst verdeckt wird – noch so aussieht wie immer, ist das Innere des Parlaments regelrecht ausgehöhlt. Beim Betreten des Parlaments erwartet einen ein Rohbau. Der Nationalratssitzungssaal hat derzeit weder einen Boden noch ein Dach. Die Projektbetreiber zeigen sich mit dem bisherigen Verlauf der Generalsanierung aber zufrieden. Der Zeit- und Kostenplan soll aus heutiger Sicht halten. Die per Gesetz fixierte Kostenobergrenze für das Projekt liegt bei 352,2 Mio. Euro. Ab Sommer 2021 sollen im Parlament wieder Gesetze beschlossen werden. *(TT)*


Der tiefe Blick in den offenen Sitzungssaal. Foto: APA/Schlager

Persönliches Exemplar für AOM-Benutzer tt-sahin - (C) APA-DeFacto GmbH. Alle Rechte vorbehalten.